

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 09.12.2014 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
21:25

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bovert

**CDU-Fraktion**

Stv. Vincent Endereß

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Stv. Gerd Holberg

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Harald Giebels

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Udo Greeff

Stv. Rainer Wetterau

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

Stv. Bernd Stracke

**WLH-Fraktion**

Stv. Meike Lukat

Stv. Annegret Wahlers

Vertretung für Stv. Peter Schniewind

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch

ab TOP 7

Stv. Andreas Rehm

bis TOP 7

Stv. Jochen Sack

**FDP-Fraktion**

Stv. Michael Ruppert

**AfD-Fraktion**

Stv. Ulrich Schwierzke

**Schriftführer**

VA Fabian Beyer

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Beigeordnete/r Engin Alparslan  
TA Ute Eden  
TA Claus Hippel  
Herr Torsten Rekindt  
StORR Michael Rennert  
TA Peter Sangermann  
VA Dr. Jürgen Simon  
StOVR Udo Thal  
Herr Olaf Tödte  
VA Wolfgang Voos  
GSB Marion Plähn

**Personalrat**

Herr Carsten Butz

**Der Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

**Bgm. vom Bover** weist auf die neue Tagesordnung hin, in welche die Nachträge bereits integriert seien.

Von der Tagesordnung abzusetzen seien die TOP 22, 23.1 und 23.2.

Zu TOP 13 liege ein Antrag der WLH-Fraktion vor, welcher durch die Verwaltung nicht bearbeitet werden konnte, weil der zuständige Sachbearbeiter in Urlaub sei.

Einvernehmen erkennt er darin, die Thematik in den nächsten Sitzungszyklus zu schieben.

Verschiedene Anträge zur Tagesordnung begehren die schnelle Behandlung der TOP 23.4 bis 23.6, um die anwesenden Besucher nicht unnötig warten zu lassen.

Es besteht Einvernehmen darin, die TOP 23.6, 23.4 und 23.5 (in dieser Reihenfolge) der eigentlichen Tagesordnung voranzustellen.

**Stv. Drennhaus** erkundigt sich, ob es korrekt sei, die Wahl zu TOP 27 nicht-öffentlich durchführen zu lassen.

**StORR Rennert** erklärt, es handele sich um eine Personalangelegenheit, die nicht-öffentlich zu behandeln sei.

**Stv. Stracke** vermisst einen SPD-Antrag zur Landesfinanzschule vom 30.10.2014 auf der Tagesordnung und bittet darum, diesen in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

Die Nachfrage der Stv. Lukat, warum der Antrag der WLH-Fraktion zur Nichtöffentlichkeit nicht auf der Tagesordnung sei, wird von **Bgm. vom Bover** dahingehend beantwortet, dass dieser für den Rat beantragt gewesen sei und nun auch dort auf die Tagesordnung gesetzt werde.

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Standorte Übergangwohnheime für Flüchtlinge - Weiterentwicklung - Festlegung eines neuen zusätzlichen Standortes Vorlage: 51/022/2014

---

#### Protokoll:

**1.Bgo. Formella** führt aus, die Vorlagen spiegelten die Ist-Situation wider. Es seien weit mehr Flüchtlinge unterzubringen als zunächst erwartet und prognostiziert. Aufgrund der Entwicklung müsse für das kommende Jahr mit bis zu 10 Flüchtlingen pro Monat gerechnet werden. Der ergänzende Beschlussentwurf der Verwaltung trage dieser Entwicklung Rechnung. Die Maßnahmen Neandertalweg und Bachstraße böten Raum für jeweils ca. 30 Plätze zur Unterbringung, der Standort Leichlinger Straße sei für eine Großfamilie gedacht. Derzeit stünden nur noch ca. 30 freie Plätze am Standort Dieker Str. / ehemalige Musikschule zur Verfügung. Der Wohnungsmarkt in Haan biete auch nur sehr begrenzte Möglichkeiten betreffs Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge. Schon jetzt werde klar, dass eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Haushalt 2015 erforderlich werde. Finde dieser Vorschlag der Verwaltung nicht die Zustimmung der Politik, blieben nur Zwangseinweisungen als letztes Mittel übrig.

**Bgm. vom Bovert** ergänzt, die Dramatik der Ereignisse überrolle Haan. Bundesweit lägen 130.000 unbearbeitete Asylanträge vor, was eine längere Verweildauer der einzelnen Flüchtlinge zur Folge habe. An den Rat appelliere er eindringlich, diesen Beschluss zu fassen und nicht weiter zu zögern.

**Stv. Stracke** fragt, warum die Tischvorlage nicht eher zugestellt worden sei und warum ein spezieller Arbeitskreis Flüchtlinge existiere, der eigene Vorschläge mache. Bislang sei die Nutzungsdauer des Standortes Neandertalweg nicht sicher gewesen. Der Sozial- und Integrationsausschuss habe sich gegen den Standort Neandertalweg ausgesprochen. Die Kosten für die Herrichtung der möglichen Standorte Bachstr. und Leichlinger Str. seien bislang nicht vorgelegt worden. So sei keine adäquate Entscheidung möglich. Daher empfehle er eine Schiebung der Thematik in den nächsten Sitzungszyklus.

**Bgm. vom Bovert** streicht heraus, dass aufgrund der Dramatik der Lage hier eine Entscheidung ohne letzte Sicherheit vonnöten sei. Aufgrund der großen Not habe er eine verwaltungsinterne task force eingerichtet. Er sei davon überzeugt, dass ein längeres Zuwarten den Prozess für Haan noch wesentlich verteuern werde. Evtl. sei für den Monat Januar eine zusätzliche Ratssitzung zu terminieren.

**Bgo. Alparslan** macht deutlich, dass der aktuelle Beschlussvorschlag der Verwaltung nur etwa 45 Plätze umfasse und damit die Not für das Jahr 2015 noch lange nicht gemildert sei.

**1.Bgo. Formella** betont, der Standort Kampheider Str. stehe erst 2016 zur Verfügung. Bei den vorgeschlagenen Standorten handele es sich um Sofortmaßnahmen, um über den April 2015 hinaus Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge vorhalten

---

zu können. Weitere zusätzliche Unterkünfte müssten darüber hinaus geschaffen werden.

**Stv. Lukat** ist der Auffassung, zumindest die alten Ratsmitglieder müssten heute entscheiden können, da die Unterlagen alle schon einmal vorgelegen hätten.

**Stv. Mentrop** sieht nicht zuletzt aufgrund des unklaren Nutzungszeitraumes beim Standort Neandertalweg weiteren Beratungsbedarf für seine Fraktion.

**Stv. Wetterau** gibt zu bedenken, der Anspruch sollte sein, einen weiteren Sprung als bis April 2015 zu machen.

**Stv. Rehm** erbittet für die GAL-Fraktion eine konkretisierende Vorlage der Verwaltung, die alles Wissen übersichtlich und kompakt zusammentrage. Ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen fordere die GAL seit nunmehr 15 Jahren.

**1.Bgo. Formella** führt aus, dass ein Gespräch mit der Kommunalaufsicht betreffs der haushaltsrechtlichen Vorgaben vorgesehen sei, dessen Ergebnis zur kommenden Sitzung des Rates voraussichtlich vorliege .

**Bgo. Alparslan** unterstreicht, einen der beiden Beschlüsse zum Neandertalweg oder zur Bachstraße werde kurzfristig benötigt.

**TA Eden** gibt zu bedenken, dass im günstig verlaufenen Beispiel Ellscheid II 8 Monate zwischen Auftragserteilung und Übergabe zur Nutzung vergangen seien.

**Stv. Lukat** erklärt, die WLH-Fraktion könne den Beschlüssen zum Neandertalweg und zur Leichlinger Str. zustimmen. Der Beschluss zur Bachstraße könne nicht vor Klärung der Perspektive der KiTa Bachstr. gefasst werden.

**Stv. Stracke** empfiehlt der Verwaltung, den Standort Dellerstr. und den Standort Heidfeld zur Unterbringung zu prüfen bzw. zu ertüchtigen.

**Bgm. vom Bover** kündigt an, zu den Beschlusspunkten 1 und 3 einen verwaltungsseitigen Vorschlag unter Beifügung weiterer Details zur kommenden Sitzung des Rates zu machen.

### **Beschluss:**

Aufgrund noch offener Fragen verzichtet der HFA auf eine Beschlussempfehlung an den Rat.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**2./ Sachstand im Baugesetzbuch durch das „Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen (Flüchtlingsunterbringungs-Maßnahmengesetz)“**

**Vorlage wird nachgereicht  
Vorlage: 61/034/2014**

---

**Protokoll:**

**Stv. Holberg** bittet die Liste der zu prüfenden Grundstücke zur Unterbringung von Flüchtlingen um die Grundstücke an der Polnischen Mütze zu erweitern, auf denen zuvor schon Flüchtlinge gewohnt haben.

**Stv. Stracke** fragt nach den verbesserten Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Gewerbegebieten.

**TA Sangermann** erklärt, dies müsse für jeden Bebauungsplan einzeln entschieden werden, die Gewerbebetriebe dürften hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

**Beschluss:**

Der Sachstandbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**3./ Rahmenbedingungen der Förderung durch das Land NRW am Standort Landesfinanzschule  
Vorlage: 61/033/2014**

---

**Protokoll:**

**Bgo. Alparslan** erläutert die Vorlage mit den unterschiedlichen Förderkulissen.

**Stv. Lukat** erklärt für die WLH-Fraktion, die Stellungnahme der Kämmerin sei eindeutig: Die Stadt Haan müsse einen Plan B entwickeln und die in Frage kommenden Standorte sinnvoll entwickeln. Auch ein erneuter Hochschulstandort, der junge Menschen in die Stadt bringe und so zur Belebung der Innenstadt beitrage, dürfe nicht mit Denkverboten belegt werden.

**Bgm. vom Bover** möchte die Förderchancen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit nicht unberücksichtigt lassen und hofft für das Haushaltsjahr diesbezüglich auf die Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

---

**Stv. Rehm** bittet für die kommende Sitzung des SUVA um das Aufzeigen aller Möglichkeiten für den Standort Landesfinanzschule.

**Stv. Stracke** bittet in diesem Zusammenhang den Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2014 in die kommende Ratssitzung einzubringen mit anschließender Diskussion im nächsten SUVA. Der BLB müsse befragt werden, warum dieser Haan keinen angespannten Wohnungsmarkt bescheinige. Immerhin sei eine Mietpreisbremse aktiv.

**Beschluss:**

Der Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

- 4./ Bebauungsplan Nr. 115 "Polnische Mütze"**  
**hier: Beschluss über Anregungen, § 3 ( 1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB;**  
**Satzungsbeschluss § 10 (1) BauGB**  
**Vorlage: 61/030/2014**
- 

**Protokoll:**

**Stv. Drennhaus** möchte wissen, ob die Anregung der SPD-Fraktion, eine mögliche Querung im Rahmen der Trasse durch Leerrohre für eine Ampelanlage zu sichern, schon bei der Planung berücksichtigt worden sei.

**Bgo. Alparslan** bestätigt, diesbezüglich beim Landesbetrieb nachgefragt zu haben, die Prüfung laufe derzeit. Er verspricht, in dieser Angelegenheit nachzuhaken.

**Beschluss:**

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB, über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB i.V.m. der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen inklusive der Stellungnahme des ADFC mit Eingang vom 20.11.2014 wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage und der Tischvorlage zum SUVA am 25.11.2014 entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 115 „Polnische Mütze“ in der Fassung vom 04.11.2014 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 20.10.2014 wird zugestimmt.

---

Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 115 befindet sich in Haan- Ost. Es umfasst überwiegend die Flächen der Millrather, Gräfrather und Elberfelder Straße im Bereich des Knotenpunktes "Polnische Mütze". Es wird im Norden begrenzt durch den Straßendamm über die ehemalige Korkenziehertrasse und im Osten durch die Autobahnauffahrt Haan-Ost, Westrampe. Im Süden endet das Plangebiet im Bereich der Bebauung Elberfelder Straße 158, im Westen ca. 100m westlich des Knotenpunktes. Die genaue Festsetzung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die Planzeichnung.“

### **Abstimmungsergebnis:**

14 Ja- und 4 Nein-Stimmen

- 5./ 30. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Erikaweg / Leichlinger Str."**  
**hier: Beschluss über Anregungen, § 3 ( 1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB;**  
**Beschluss der Flächennutzungsplanänderung**  
**Vorlage: 61/027/2014**
- 

### **Beschluss:**

- „1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB sowie in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Erikaweg / Leichlinger Str.“ in der Fassung vom 03.11.2014 wird beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 03.11.2014 wird zugestimmt.

Das Plangebiet befindet sich in Haan-West. Der räumliche Geltungsbereich wird im Norden begrenzt durch die Düsseldorfer Straße, im Osten durch die Bebauung Düsseldorfer Straße 109 und durch die Ohligser Straße 84, im Süden durch die Ohligser Straße und den Erikaweg sowie im Westen durch die Leichlinger Straße. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.“

### **Abstimmungsergebnis:**

16 Ja- und 2 Nein-Stimmen



## **6./ Neubauprojekt Kindertageseinrichtung "Bollenberg" - Trägerentscheidung Vorlage: 51/025/2014**

---

### **Beschluss:**

1. Die Trägerschaft für die neu zu errichtende viergruppige Kindertageseinrichtung am Standort der städt. Grundschule Bollenberg, Robert-Koch-Str. 27, wird der Stadt Haan übertragen.

Diese neue viergruppige Einrichtung soll die bisher am Standort Alleestr. 8 betriebene zweigruppige städtische Einrichtung aufnehmen sowie die von der Arbeiterwohlfahrt Kreis Mettmann gGmbH betriebene eingruppige Dependance der Einrichtung Bollenberger Busch 29.

2. Mit Inbetriebnahme der neuen Einrichtung am Standort Robert-Koch-Str. 27 wird die bisherige städtische Einrichtung an der Alleestr. 8 aufgegeben.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen, insbesondere gegenüber bzw. mit der Arbeiterwohlfahrt Kreis Mettmann gGmbH und dem Landesjugendamt, entsprechend der Beschlüsse zu 1. und 2. rechtzeitig zu ergreifen bzw. zu regeln.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **7./ Perspektive Kita-Bachstraße - Antrag der Ratsfraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan vom 09.10.2014**

**Vorlage: 51/023/2014**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** erklärt, die KiTa Bachstr. müsse eine Perspektive erhalten. Dazu sei der erste Schritt mit Leben zu füllen, um die weiteren Schritte gehen zu können.

**Stv. M. Klaus** zeigt sich bestürzt darüber, dass die Verwaltung noch immer keine Gelder für diese Maßnahme in den Haushalt eingestellt habe.

Auch **Stv. Sack** fordert, den Ratsbeschluss endlich umzusetzen.

**Stv. Ruppert** findet, der damalige Ratsbeschluss stehe auf tönernen finanziellen Füßen. Das Gutachten weise aus, dass die Zahlen teils nicht belastbar seien und ein nicht kalkulierbares Restrisiko bei der Stadt Haan verbleibe.

**Stv. Wetterau** möchte den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzen, dass die Unterbringung der Flüchtlinge bis längstens 2016 dauern soll. Für die Nutzung des übrigen Geländes sollten die Planungen eingeleitet werden.

---

**Stv. M. Klaus** sieht aufgrund des Rechtsanspruches einjähriger Kinder auf einen Betreuungsplatz ein größeres finanzielles Risiko für die Stadt wenn nicht gebaut werde. Die SPD-Fraktion beantrage die Einstellung der entsprechenden finanziellen Mittel in den Haushalt 2015.

**Stv. Elker** sieht keine Alternative zu einer 5-Gruppigkeit, da die Kinder unterzubringen seien.

**Stv. Holberg** möchte die 4-Gruppigkeit durchgerechnet haben und den Preis des Grundstückes ermitteln lassen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung fasst der HFA den folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, eine Aktualisierung der Aufwendungen/Baukosten mit dem Förderverein der Privaten Kindergruppe e.V. für die Variante 3a (Pr. Kindergruppe baut KiTa) der „Darstellung verschiedener Varianten für die weitere Nutzung/Vermarktung des Grundstücks Bachstraße 64 – Grobkonzept -“ von Dr. Heilmaier & Partner v. 09.09.2014 durchzuführen. Hierüber ist im 1. Sitzungszyklus 2015 der Politik zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**8./ Übertragung des städtischen Hallenbades auf die Stadtwerke Haan GmbH  
hier: Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 02.09.2014  
Vorlage: 10/018/2014/1**

---

**Protokoll:**

**Stv. Ruppert** erinnert an die Verluste in erheblichem Maße, die jährlich durch das Hallenbad produziert würden. Umso überraschender sei die Lektüre der Verwaltung gewesen, die dem Leser zwischen den Zeilen nahelege, nichts zu unternehmen.

Auch **Stv. Stracke** kann dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so nicht zustimmen. Ihm fehlten konkrete Zahlen zur Prüfung. Er bitte um Nachlieferung prüffähiger Zahlen und die Einladung von Herrn Chemelli zur kommenden Sitzung des Rates.

**Stv. Holberg** sieht in einer möglichen Übernahme der Stadtwerke die Möglichkeit für die Stadt, viel Geld zu sparen und möchte die jetzt wieder mögliche Auskunft des Finanzamtes einholen lassen.

**Stv. Lukat** moniert, die unlängst hierzu der Verwaltung unterbreiteten Fragen der

---

WLH-Fraktion seien bis heute nicht beantwortet worden.

**Bgm. vom Boverl** führt aus, eine verbindliche Auskunft könne nicht beim Finanzamt eingeholt werden, weil die Übernahme-Konditionen völlig unklar seien. Er werde diesen Schritt nicht auf Kosten der Stadt machen, wenn das Risiko einer Ablehnung durch die Stadtwerke bestehe. Die Initiative hierzu solle von Herrn Chemelli kommen, der genau wisse, dass dies in der Diskussion sei.

**Beschluss:**

Aufgrund verschiedener offener Fragen verzichtet der HFA auf eine Beschlussempfehlung an den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**9./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2015  
Vorlage: 60/001/2014**

---

**Protokoll:**

**Stv. Holberg** dankt der Bauverwaltung für die wieder einmal informativen Vorlagen. Insgesamt ergäbe sich durch alle Satzungen eine Gesamtentlastung der Bürger in Höhe von 196.900 € für 2015. Dies zeige, dass die Rationalisierungen beim Bürger ankämen.

**Stv. Drennhaus** bekundet für die SPD-Fraktion, die Zufriedenheit mit den vorgelegten Gebührenbedarfsberechnungen.

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „Abfallentsorgungsgebühren 2015“ wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2015 in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**10./ Satzung der Stadt Haan über die 42. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren**  
**Vorlage: 60/006/2014**

---

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Gebührenbedarfsberechnungen "Straßenreinigung und Winterdienst 2015" werden beschlossen.
2. Es wird eine Satzung über die 42. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf (Anlage III) verabschiedet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**11./ Satzung der Stadt Haan über die 18. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für das Jahr 2015**  
**Vorlage: 60/004/2014**

---

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „**Gebühren für die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen 2015**“ wird beschlossen.
2. Die „**Satzung der Stadt Haan über die 18. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**12./ Satzung der Stadt Haan über die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für das Jahr 2015**  
**Vorlage: 60/005/2014**

---

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „Kanalbenutzungsgebühren 2015“ wird beschlossen.
2. Die Satzung über die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage – Abwassergebührensatzung - wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**13./ Erlass einer neuen Vergnügungssteuersatzung ab 2015**  
**Vorlage: 20/006/2014**

---

**Protokoll:**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen. Eine Beratung erfolgt im ersten Sitzungszyklus des Jahres 2015.

**14./ Erlass einer neuen Entgeltordnung für die Stadtbücherei**  
**Vorlage: 51/028/2014**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bovert** verweist auf die aktualisierte Entgeltordnung als Tischvorlage.

**Beschluss:**

Der Erlass einer neuen Entgeltordnung für die Stadtbücherei in Haan wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Vorlage beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**15./ Änderung der Satzung des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan vom  
12.11.2008  
Vorlage: 32-1/003/2014**

---

**Protokoll:**

**StORR Rennert** erklärt, die Anlage 1 sei noch um das Gremium des Unterausschusses Organisation, Personal und Controlling zu ergänzen.

**Beschluss:**

Die Satzung wird gemäß Anlage 1 geändert.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**16./ Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Haan  
Vorlage: 10/013/2014/1**

---

**Protokoll:**

**Stv. Ruppert** bittet den Beschlussvorschlag um die „vierteljährliche Erstellung der Personalkosten“ zu ergänzen.

**Stv. Drennhaus** merkt an, im Bereich BKSA müsste der Katalog um den Punkt „allgemeine Angelegenheiten des VHS-Zweckverbandes“ ergänzt werden.

**1.Bgo. Formella** sagt eine Klärung zu.

**Bgm. vom Bovert** weist auf seine momentane Personalsituation ohne Hauptamtsleiter hin und bittet den Rat darum, eine Entscheidung in den kommenden Sitzungszyklus zu verschieben.

**Beschluss:**

Die weitere Beratung und ein Beschluss erfolgt erst im kommenden Sitzungszyklus von HFA und Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**17./ Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stadt Haan und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2012**  
**Vorlage: 20/004/2014**

---

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss 2012 der Stadt Haan wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

Der im Haushaltsjahr 2012 entstandene Jahresfehlbetrag von 547.945,70 Euro wird gemäß der Vorgabe des § 75 Abs. 2 GO NRW durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Die Ratsmitglieder entlasten gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**18./ Ernennung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Haan**  
**Vorlage: 32-2/009/2014**

---

**Beschluss:**

1. Herr Stadtbrandrat Carsten Schlipkötter wird für die Dauer von sechs Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
2. Herr Hauptbrandmeister Jürgen Müller wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.
3. Herr Hauptbrandmeister Mirko Braunheim wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Haan bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**19./ Ehrenamtliche/r Behindertenbeauftragte/r der Stadt Haan - Weiteres Verfahren**  
**Vorlage: 51/019/2014/2**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** gibt zu bedenken, dass die beschlossene Team-Lösung durch die Verwaltung in Person eines Koordinators bzw. Ansprechpartners unterstützt werden müsse.

**Stv. Stracke** bekräftigt, die Hauptamtlichkeit wäre die Traumlösung seitens des SIA gewesen. Aber auch so sei die Arbeit auf drei Schultern verteilt und die Verwaltung dieserhalb entlastet worden. Es handele sich ausdrücklich um einen Testlauf für die laufende Legislaturperiode, der korrigierbar sei.

**Stv. Mentrop** präsentiert eine Idee aus dem SIA, einen der drei zum „Vorsitzenden“ oder „Hauptansprechpartner“ zu bestimmen / wählen.

**Stv. Stracke** erklärt, der SIA sei dieser Idee letztlich nicht gefolgt.

**Stv. Lukat** vertritt die Meinung, dass diese Lösung die Stadt vor dem Hintergrund der künftig zu zahlenden Entschädigungen teurer zu stehen komme als die hauptamtliche Lösung gewesen wäre.

**Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, aus den vorliegenden Bewerbungen mehrere Personen („Team-Lösung“) als Behindertenbeauftragte zu bestellen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Haan vom 04.12.2006 entsprechend der empfohlenen „Team-Lösung“ zu ändern und beauftragt die Verwaltung, zu den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2014 und des Rates am 16.12.2014 eine entsprechende Satzungsänderung vorzulegen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, zum Ratsbeschluss vom 07.11.2006 zu den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2014 und des Rates am 16.12.2014 einen gleichbehandelnden Beschlussvorschlag vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig



**20./ Beteiligungsbericht -  
Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und  
Einrichtungen  
Vorlage: 23/010/2014**

---

**Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**21./ Verkaufsoffene Sonntage 2015  
Vorlage: 23/013/2014**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** regt an, den verkaufsoffenen Sonntag für alle Einzelhändler verbindlich zu machen. Zuletzt hätten die Geschäfte am unteren Neuen Markt geschlossen gehabt.

**Beschluss:**

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2015 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

17 Ja- und 1 Nein-Stimme

**22./ Offener Ganztag an der Grundschule Unterhaan  
Antrag der Privaten Kindergruppe auf Zahlung eines Zuschusses für die  
Freistellung der Leitung  
Vorlage: 51/029/2014**

---

**Protokoll:**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen. Die Vorlage wurde durch den BKSA in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

**23./ Haftmittelnutzung in der Sporthalle Adlerstraße**  
**Antrag der WLH-Fraktion vom 27.08.2014**  
**Vorlage: 51/030/2014**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** befürwortet eine Regelung zur Förderung des Haaner Leistungssports. Daher sei der neue Verwaltungsvorschlag mit der Kündigungsfrist (Pkt. 8 der Vereinbarung) nicht zustimmungsfähig, da der Verein Planungssicherheit brauche.

**Stv. Elker** bekräftigt, in der Ziffer 8 der Vereinbarung solle die 3-monatige in eine 6-monatige Kündigungsfrist gewandelt werden. Die Verwaltung solle verpflichtet werden, einen regelmäßigen Bericht über die Harzverschmutzung der Halle einzureichen. Weiterhin erbittet er die Vorlage einer Übersicht bzgl. Reinigung aller Haaner Sportanlagen.

Auch **Stv. Endereß** findet, eine regelmäßige Berichtspflicht sei gerechtfertigt, weil die Stadt dem Verein eine städtische Einrichtung zur Nutzung überlasse.

**Stv. Sack** erklärt für die GAL-Fraktion, nicht zustimmen zu können. Man halte es für falsch, Haftmittel einzusetzen. Er bittet die Verwaltung um Vorlage eines Erfahrungsberichtes von in dieser Halle tätigen Sportlehrern, die mit den Auswirkungen der Harzverschmutzungen zu leben hätten.

**Stv. Schwierzke** hinterfragt den Passus unter Pkt. 7 der Vereinbarung, wonach eine unterstützende Tätigkeit der Unitas bei der Vorreinigung des Hallenbodens vereinbart wird und möchte wissen, ob dieserhalb Hausmeister-Kosten für die Stadt entstünden.

**TA Eden** erläutert, es handele sich um eine Vorreinigung seitens der Unitas. Hier laufe noch ein Optimierungsprozess. Der Hausmeister gebe lediglich das Reinigungsmittel aus, kontrolliere die Tätigkeit des Vereins aber nicht. Die Hauptreinigung der externen Reinigungsfirma schließe sich unmittelbar an den Vorreinigungsprozess des Vereins an.

**Stv. Wetterau** verweist darauf, die Politik habe nur schweren Herzens die neue Schulturnhalle an den Verein übergeben. Um den Haaner Leistungssport zu unterstützen, habe man sich zu einer Ausnahme beim Haftmittelverbot durchgerungen. Die regelmäßige Berichtspflicht der Verwaltung soll den Rat in dieser Sache zur Wachsamkeit aufrufen.

**Stv. Ruppert** wirft ein, die Ausnahmeregelung gelte nur für die Unitas. Es bestehe demnach kein Raum für Gleichbehandlungs- bzw. Gerechtigkeitserwägungen.

**Bgm. vom Bover** schließt mit der Ankündigung, den letzten Absatz aus der Vereinbarung zu streichen und einen Bericht zu den Erfahrungen mit der Harzverschmutzung jährlich Ende Juni / Anfang Juli durch die Verwaltung vorzulegen.

**Beschluss:**

Das Haftmittelverbot wird unter dem Vorbehalt einer unterzeichneten Vereinbarung für den Meisterschaftsspielbetrieb sowie 5 Testspiele der 1. Herrenmannschaft der DJK Unitas Haan e.V. (Unitas) in der Sporthalle Adlerstraße aufgehoben und die Nutzung von wasserlöslichem Haftmittel gestattet.

Zwecks Umsetzung wird die Verwaltung daher beauftragt, eine Vereinbarung mit der Unitas auf Basis des dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Entwurfs abzuschließen.

Dabei wird unter Ziffer 8 der letzte Abschnitt gestrichen und aus einer dreimonatigen wird eine sechsmonatige Kündigungsfrist.

**Abstimmungsergebnis:**

16 Ja- und 2 Nein-Stimmen

- 23. Schullandschaft Haan - alle Schulabschlüsse in Haan unter guten Lernbedingungen ermöglichen**  
**1./ - hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 16.11.2014**  
**Vorlage: 51/031/2014**
- 

**Protokoll:**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

- 23. Neubau des Gymnasiums**  
**2./ - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2014**  
**Vorlage: 51/032/2014**
- 

**Protokoll:**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

- 23. Antrag der Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan (WLH) aus dem UA OPC am 19.11.2014 „versteckte Personalkosten durch outsourcing im Bereich des Technischen Dezernates“ sowie Antrag zum HFA am 09.12.2014**  
**Vorlage: III/009/2014**
- 

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** erläutert den Antrag der WLH-Fraktion und ist mit der Vorlage der Verwaltung nicht einverstanden. Sie möchte, dass der UA OPC sich mit dieser Thematik eingehend befasst.

**Stv. M. Klaus** findet, dieser Antrag mache nur bei einer Erweiterung Sinn und bittet um Vorlage einer Kostenübersicht.

**Bgo. Alparslan** legt dar, es werde im Dezernat III kein outsourcing betrieben. Lediglich Fremdvergaben bei Gebäudereinigung und Grünflächenpflege seien als kleine Ausnahmen zu bezeichnen. Alle anderen getätigten Fremdvergaben hätten wirtschaftliche Gründe oder dienten zur Abfangung von Arbeitsspitzen.

**Stv. Wetterau** bittet darum, in den Antragsformulierungen Polemisierungen wie „versteckte Personalkosten“ auszusparen, weil dies einen falschen Eindruck erwecke. Unregelmäßigkeiten seien nicht an der Tagesordnung in der Verwaltung.

**Stv. Ruppert** meint, nach Lesart des Antrages gebe es in vielen weiteren Bereichen der Verwaltung versteckte Personalkosten. Hier handele es sich eindeutig um den Einkauf von Dienstleistungen. Der Sachstandsbericht der Verwaltung sei akzeptabel.

**Stv. Lukat** beharrt auf der Veröffentlichung von Zahlen, die ein effektives Controlling ermöglichen.

**TA Hippel** erläutert, dass Fremdvergaben bei der Pflege von Grünflächen erfolgten, weil es immer mehr Grünflächen von immer weniger Personal zu bearbeiten gebe. Hierbei handele es sich ausschließlich um einfache Maschinenarbeiten.

**Stv. M. Klaus** möchte wissen, ob die Verwaltung die Güte der fremdvergebenen Arbeit kontrolliere.

**TA Hippel** versichert, dass alle Fremdvergaben mit intensivem Aufwand kontrolliert würden.

Der Antrag der WLH-Fraktion

„Zum nächsten UA OPC hat das Technische Dezernat eine Zusammenstellung von „versteckten Personalkosten“ wie zuvor erläutert vorzulegen.“

wird mit 2 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

---

**Beschluss:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Antrag der WLH ist beantwortet, ein TOP zum nächsten UA OPC ist nicht notwendig.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

- 23. Städt. Gymnasium soll Ort des Gemeinsamen Lernens werden**  
**4./ - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2014**  
**Vorlage: 51/033/2014**
- 

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung und der Schulleitung des Haaner Gymnasiums darauf hinzuwirken, dass das Haaner Gymnasium zum Schuljahr 2016/2017 Schule des Gemeinsamen Lernens wird.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

- 23. Arbeits- und Terminplanung des AK "Schulstrukturplanung an den weiterführenden Schulen"**  
**5./ - hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 04.12.14; Antrag der WLH-Fraktion vom 16.11.14**
- 

**Protokoll:**

**Stv. Sack** erläutert, Zielsetzung des GAL-Antrages sei es gewesen, Klarheit und Transparenz zur Arbeitsweise des Arbeitskreises „Schulstrukturplanung“ zu erhalten. Die vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung lasse erst mal keine Fragen mehr offen.

**Beschluss:**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**23. 4 zügiger Neubau des Gymnasiums Adlerstraße  
6./ - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2014**

---

**Protokoll:**

**Stv. Wetterau** erklärt, zur Stellungnahme der Verwaltung habe die CDU-Fraktion keine weiteren Fragen. Das Thema Vierzügigkeit beim Gymnasiums-Neubau sei in den letzten Wochen hinreichend diskutiert worden und seine Fraktion sei froh darüber, dass die Debatte nun im Sinne einer Vierzügigkeit beendet sei.

Auch **Stv. Lukat** äußert die Freude der WLH-Fraktion darüber, dass alle wichtigen Fragen zwischenzeitlich geklärt werden konnten und sieht den vierzügigen Neubau des Gymnasiums als Investition in die Zukunft Haans.

**Stv. Elker** erinnert an die Vorgaben der SPD-Fraktion sicherzustellen, dass eine adäquate Inklusion ermöglicht werde und für den Fall einer nicht 100%igen Raumauslastung, dass die Räume einer sinnvollen Fremdnutzung zugeführt würden.

**Stv. Sack** vertritt die Auffassung, der Nachdenkprozess habe nicht zu erheblichen Verzögerungen beim Bauvorhaben geführt.

**Stv. Stracke** betont, die SPD-Fraktion sei immer für einen Neubau des Gymnasiums gewesen und habe in den letzten Wochen wichtige Fragen erörtert.

**Beschluss:**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**24./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

**Stv. Holberg** fragt angesichts übervoller Abfallkörbe und daneben geworfenen herumliegenden Abfalls an der Landstraße, ob die Mülleimer vergrößert werden könnten.

---

**Bgm. vom Bover** berichtet von der Erfahrung, dass in größer dimensionierten Abfallkörben die Bürgerinnen und Bürger oftmals ihren Hausrat kostengünstig entsorgen würden.

**Stv. Stracke** thematisiert den mit Algen bewachsenen Eingangsbereich des Dieker Carrées und das damit verbundene schlechte Erscheinungsbild. Er möchte wissen, ob die Stadt vertraglich befugt sei, dort für Abhilfe zu sorgen.

**TA Eden** erläutert, die Stadt sei Eigentümer und die Befreiung der Fassade von Algenbewuchs stelle eine Reinigungsleistung dar, die der Vertrag nicht verbiete. Sie verspricht, das Gebäudemanagement werde sich dieses Problems annehmen.

**Stv. Endereß** berichtet über die wilde Lagerung von zur Verteilung zwischengelagerten Wochenblättern unter der Eisenbahnunterführung an der Steinkulle. Dies führe oftmals dazu, dass die Zeitungen weit verstreut würden. Er bittet die Verwaltung auf die Verlage einzuwirken, eine abschließbare Lösung vorzuhalten.

**Bgm. vom Bover** bittet um Angabe des Wochenblattes, um das es sich handele, damit mit der Redaktion Kontakt aufgenommen werden könne.

---

## **25./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**Bgm. vom Bover** teilt mit, für die kommende Sitzung des Rates sei er kurzfristig in die Räumlichkeiten der Adlerstraße ausgewichen, weil er angesichts der Thematik Gymnasium die Befürchtung gehabt habe, der Sitzungssaal könne keine ausreichende Kapazität bieten. Er fragt angesichts des im Anschluss anstehenden Weihnachtsessens des Rates, ob eine Vorverlegung der Sitzung auf 16 Uhr als vernünftig erachtet werde.

Dies wird aber mehrheitlich abgelehnt.

**1.Bgo. Formella** berichtet zum Thema Schulsozialarbeit, dass hierzu beim Kreis eine Vorlage in Vorbereitung sei, den kommunalen Eigenanteil über die Kreisumlage abzuwickeln. Für die kommende Sitzung des Rates sei eine Vorlage geplant.

**Bgo. Alparslan** berichtet von der Kündigung einer Halbtagskraft in der Bauaufsicht. Dort sei inzwischen auch krankheitsbedingt einiges an Rückständen aufgelaufen, so dass er dem Rat mittels Vorlage empfehlen werde, die freie halbe Stelle aufzustocken und entsprechend auf eine Vollzeitstelle zu besetzen.

**Stv. Lerch** teilt mit, dem Rechnungsprüfungsausschuss sei nach Vorlage des abschließenden GPA-Berichtes eine zusätzliche Sitzung in Aussicht gestellt worden. Diese habe sie in Absprache mit der Verwaltung auf Donnerstag, den 29.01.2015 terminiert.

